

## **Mehr oder weniger Europa – Wie geht es weiter mit der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger?**

In den letzten Jahren wurde die Demokratie in Europa vor allem mit dem Vertrag von Lissabon deutlich gestärkt. Das Europäische Parlament hat endlich mehr Mitbestimmung erhalten und neu eingeführt wurde die Europäische Bürgerinitiative. Überdies wird nach der Europawahl am 25. Mai 2014 erstmalig der Kommissionspräsident entsprechend der politischen Mehrheit, die von den Bürgerinnen und Bürger gewählt wurde, vom Europäischen Parlament bestimmt.

Der Vertrag von Lissabon, der im Dezember 2007 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde und am 01. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, hat die EU demokratischer, transparenter und eben vor allem mit ihren inzwischen 28 Mitgliedstaaten handlungsfähiger gemacht. Dennoch sind seit der Unterzeichnung schon wieder sechs Jahre vergangen, in denen sich die Situation in der EU erheblich geändert hat.

Heute im Angesicht der zahlreichen Krisen, die wir in den letzten Jahren durchleben mussten, gilt mehr denn je: Die Europäische Union lebt von der Zustimmung ihrer Bürger. Diese tragen die Entscheidungen europäischer Politik nur mit, wenn sie die Entscheidungsprozesse nachvollziehen und verstehen können, wie und warum Beschlüsse überhaupt zustande gekommen sind.

Die Debatte über die EU-Verfassung, die im Jahr 2004 bei Volksabstimmungen von der irischen und französischen Bevölkerung klar abgelehnt wurde, hat deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, die Bürgerinnen und Bürgern bei der weiteren Gestaltung der EU mitzunehmen.

Als Europaabgeordneter erlebe ich es immer wieder: Es ist nicht mehr so leicht wie noch vor zwanzig Jahren, die Menschen für den europäischen Traum zu begeistern. Der Grund. Sie leben ihn bereits. Die Völker Europas leben in Frieden und Freundschaft miteinander. Der Nationalismus und die tief verwurzelte Feindschaft auf dem europäischen Kontinent sind zum Glück längst überwunden.

Dennoch so viel Entfremdung und Verunsicherung über das zusammenwachsende Europa war zuvor nie gewesen. Angst vor Wohlstandverlusten vor allem in der Mittelschicht hinsichtlich der Wirtschaftskraft, der Arbeit, der sozialen Absicherung und der Euro-Stabilität sind immer mehr festzustellen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Wettbewerbsfähigkeit ging verloren. Staatsverschuldungen stiegen dramatisch, das Vertrauen schwindet leider zusehend.

Bei allen diesen Aspekten der unterschiedlichen Krisen stellt sich immer die generelle Frage nach der Zukunft der EU und nach mehr oder weniger Europa.

Dabei drängt sich dann eben auch die Frage auf: Wie geht es auf dem Weg der EU zu mehr Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger im demokratischen Entscheidungsprozess weiter? Braucht die EU weitere institutionelle Reformen?

Eine klare Antwort: Wir brauchen in wichtigen Politikfeldern mehr Europa. Gewiss kann eine fortschreitende europäische Integration kein Selbstzweck sein, sondern ist der Schlüssel für eine starke Stellung Europas in der globalisierten Welt. Europa braucht jetzt eine Reorganisation für seine institutionelle Ordnung, für eine bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie zur Verteilung von Aufgaben und Zuständigkeiten an Rat, Kommission und Parlament.

Hierbei ist allerdings das Prinzip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit wichtig. „Mehr Europa“ heißt nämlich nicht kleinteilige Richtlinieninitiativen und Regelungswut, durch welche die Akzeptanz Europas bei den Bürgerinnen und Bürgern bedroht wird. Sie wollen mehr Europa dort, wo es ihnen nützt, und kein Europa, das alle Details unseres Zusammenlebens regelt. Glühbirnenverbot, die Pläne zur Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung oder der Krümmungsgrad von Gurken sind uns allen als abschreckende Beispiele bestens bekannt.

Um eine breite Akzeptanz und Zustimmung in der Bevölkerung zu erreichen, müssen wir die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen. Für eine handlungsfähige, demokratische und transparente politische Union brauchen wir deshalb in der Zukunft weitere Änderungen der EU-Verträge.

Aus christdemokratischer Sicht sind dabei folgende Aspekte wichtig:

- Der Präsident der Europäischen Kommission sollte zukünftig von allen Unionsbürgern direkt gewählt werden. Die EU würde damit ein Gesicht und eine direkt demokratisch legitimierte Persönlichkeit an ihrer Spitze bekommen.
- Die EU braucht ein demokratisches Zwei-Kammer-System. Es sollte wie Bundestag und Bundesrat gleichberechtigt aus dem Europäischen Parlament als Vertretung der Bürger und dem Ministerrat als Vertretung der EU-Mitgliedstaaten bestehen. Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, sollten beide Kammern das Initiativrecht für die EU-Gesetzgebung erhalten. Dieses kann bislang nur durch die Europäische Kommission ausgeübt werden.
- Die Mandatsverteilung zwischen den Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament muss mittelfristig stärker als bisher die Bevölkerungsstärke der jeweiligen Mitgliedstaaten widerspiegeln.
- Jede Übertragung von zusätzlichen Kompetenzen an die Europäische Union muss mit einem Mehr an demokratischer Legitimation und Transparenz verbunden sein.
- Die EU muss mehr Transparenz schaffen, indem sie alle europäischen Entscheidungen für die Bürger in geeigneter Weise zugänglich macht. Diese Informationen müssen über das Internet einfach, verständlich und leicht zu finden sein.

Um die meisten dieser Forderungen praktisch in die Tat umzusetzen, brauchen wir Änderungen der bestehenden EU-Verträge. Diese lassen sich allerdings nur erreichen, wenn neben dem Europäischen Parlament alle 28 Mitgliedstaaten – entsprechend ihren jeweiligen nationalen Regelungen zur Ratifikation der EU-Verträge – zustimmen.

Deshalb wäre es in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments wichtig, einen Konsens mit den Mitgliedstaaten herzustellen, dass zur Reform der EU ein Konvent mit einem klar definierten Mandat einberufen wird.

Um den Weg dorthin zu ebnen, müssen wir vor den Europawahlen immer wieder deutlich machen, dass Europa und die EU eine absolute Notwendigkeit sind. Europa ist nicht wie manche meinen „das Problem“, sondern die Lösung für unsere Probleme. Nur gemeinsam können wir den drängenden Fragen der Globalisierung

begegnen, ob Finanzkrise, Energiepolitik oder auch Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Nationalstaaten alleine - die wichtig für die Wahrung der eigenen Identitäten und auch der kulturellen Vielfalt sind - können jedenfalls diese Herausforderungen nicht mehr bewältigen.

Grundsätzlich gibt es folglich zur EU und zum weiteren Weg der europäischen Integration keine vernünftige und tragfähige Alternative.

Ich kann nur alle Bürgerinnen und Bürger auffordern, sich an der Europawahl zu beteiligen und ihre Stimme zu nutzen. Alle Unionsbürger haben im kommenden Mai die Möglichkeit, die politische Mehrheit im Parlament zu bestimmen. Damit wird der Kurs für die Gesetzgebung und die politische Debatte der kommenden fünf Jahre festgelegt.

Unabhängig von Wahlen oder der politischen Orientierung:

Wir alle sollten die europäische Lebensqualität zu schätzen wissen und die Aufgabe sowie die Chance, die sich dahinter verbergen, erkennen. Wir können in der EU vorleben, wie sich Interessen friedlich ausgleichen lassen und warum gerade das aufgeklärte Eigeninteresse den fairen Umgang miteinander gebietet.

Das könnte, das müsste die Mission Europas im Zeitalter der Globalisierung sein. Und so verstehe ich auch die Auszeichnung der EU mit dem Friedensnobelpreis – weniger als Lohn für Erreichtes denn als Ansporn zu Neuem. Die Kraft für diese Mission haben wir!

**Axel Voss** (CDU, 50) ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres.

Der Jurist vertritt im Parlament den Wahlkreis Mittelrhein, dem die Städte Köln, Bonn und Leverkusen sowie die Kreise Rhein-Sieg und Rhein-Erft angehören.

**Kontakt:** [axel.voss@europarl.europa.eu](mailto:axel.voss@europarl.europa.eu)

[www.axel-voss-europa.de](http://www.axel-voss-europa.de)